

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
und 2506-2507

Sonnabend, den 26. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Interinten-
tion: Dönhoff 2506-2507

Brotwucher ist Christenpflicht!

Der Großstädter wird seit einiger Zeit mit Nachrichten über die Missernte, über die Schwierigkeiten der Landwirtschaft, über die falschen Grundlagen der Getreideumlage und allem, was damit zusammenhängt, geradezu gesättigt. Es wäre falsch, zu bestreiten, daß das Sommerwetter in verschiedenen Gegenden Deutschlands dem Landwirt schwere Stunden bereitet. Aber hinter der systematischen Beeinflussung der öffentlichen Meinung, wie wir sie eben kennzeichnen, liegt etwas ganz anderes.

Der Landbund arbeitet mit Aufgebot aller Kräfte am Zusammenbruch unserer Brotwirtschaft. Bisher hat er es verstanden, seine Tätigkeit hinter immer neuen Schleiers zu verbergen. Heute sind wir aber in der Lage, an der Hand eines Briefes des Pommerischen Landbundes vom 22. Juli nachzuweisen, daß das deutsche Volk und die Reichsregierung in der gemeinsten Weise betrogen wird, alles nur, um den Dollarpfennig für das Getreide zu erreichen, ganz gleich, was dann aus den Arbeitern, aus den kleinen Leuten, aus den Rentnern und den Angehörigen des Mittelstandes wird.

Das Schreiben des Pommerischen Landbundes hat folgenden Wortlaut:
Pommerischer Landbund
Kreisgruppe Rügen
Zgb. Nr. 1643/22

Bergen, den 22. Juli 1922.

Sehr geehrter Herr!

Die Getreideumlage ist auch eines jener vielen traurigen Kapitel, die im Anschluß an den Rathenau-Kord zustande gekommen sind. Während es vor der Wortat sicher schien, daß für die Getreideumlage im Parlament keine Mehrheit zustande kommen würde, wurde sie unter der allgemeinen Verwirrung nach dem Rathenau-Kord sozusagen zwischen Kaffe und Abendbrot angenommen. Die Mittelparteien, die für die Beweiskämpfung des Landbundes bis dahin nicht ganz unzugänglich gewesen waren und die die Bedeutung unserer Agitation im Lande wohl erkannt hatten, fielen unter dem Terror, der sich dem Kord angeschlossen, verpöhlisch um, so daß das Unzulängliche zum Ereignis wurde und wir wieder vor einer neuen Getreideumlage stehen.

Der Landbund wird sich dieser Getreideumlage gegenüber folgendermaßen verhalten:

Jede Mitarbeit, welche die Getreideumlage fördert (Ernteschätzungen, Verteilerausschüsse und dergl.) wird verweigert. Jedes unserer Mitglieder soll sofort nach Zustellung der Umlage Beschwerde erheben und auf Grund des § 4 des Gesetzes seine Leistungsfähigkeit nach der Wirtschaftslage, dem Ernteergebnis, dem Pachtpreisen, Unkosten usw. bestritten.

Die Beschwerde wird durch die Beschwerdeauschüsse entschieden. In diesen Beschwerdeauschüssen hoffen wir einen dominierenden Einfluß zu erhalten und in allen Fällen, in denen Beschwerde erhoben worden ist, eine Abstimmung dahin zu erreichen, daß die Beschwerde als begründet angesehen ist.

Die weitere Stellungnahme müssen wir vorläufig der Zukunft überlassen. Wir können in unseren Maßregeln nicht monatlang vorher disponieren und können vor allen Dingen nicht von jedem Schritt, den wir zu tun gedenken, der Öffentlichkeit Mitteilung machen, ohne Gefahr zu laufen, daß die Regierung stets rechtzeitig die erforderlichen Maßregeln trifft.

Wir halten die Getreideumlage nach wie vor für unmöglich, für produktionsfeindlich und außerdem für nutzlos. Der erste Liefertermin ist der 31. Oktober. Im Kreise wird die Lieferung wahrscheinlich sehr viel früher gefordert werden. Wir haben vorläufig den Regierungsbehörden mitgeteilt, daß infolge des späten Frühjahrs, der Dürre, der außerordentlichen witterungsartigen Niederschläge der letzten Tage, welche das Getreide überall im Lager niedergeschlagen haben, damit zu rechnen ist, daß die Beendigung der Ernte bis zum Beginn der Nachfruchtperiode hinstreichen wird. Infolge der Zusammendrängung der landwirtschaftlichen Arbeiten sei mit einer wesentlichen Drückfähigkeit in den gewöhnlichen Monaten September und Oktober nicht zu rechnen.

Wenn Sie jetzt Getreide verkaufen müssen, so würden wir Ihnen raten, dies möglichst früh zu tun, um nicht Ende September oder Anfang Oktober gezwungen zu sein, verkauftes Getreide auf der Bahn zu verladen.

Die letzte Nummer des „Pommerischen Landbundes“ geht Ihnen mit zwei Ratigen, die Sie vermutlich interessieren werden, als Drucksache zu. Die dem Kreise zugewiesene Umlage beträgt 16 600 Zentner mehr als im vergangenen Jahre. Durch den Fortfall der Wirtschaften bis zu 40 Morgen ist damit zu rechnen, daß dem größeren Besitz eine Umlage von 4 Zentner pro Morgen Anbaufläche aufgebürdet wird. Gegen diesen Drückplan anzukämpfen, erscheint uns geradezu als Christenpflicht.

Ihr ergebener

Brandenburg.

Aus diesem Schreiben geht hervor, daß der Landbund seine Mitglieder auffordert, jede Mitarbeit, die die Getreideumlage fördert, zu verweigern, dafür aber jedes Mittel zu benutzen, um die Brotversorgung der minderbemittelten Bevölkerung zu verhindern. Dies Ziel soll man durch agrarisch beherrschte Beschwerdeauschüsse erreichen.

In geheimen Verabredungen und Anordnungen geschieht, wie das Schreiben beweist, aber noch viel mehr. Man schreibt nicht darüber, um zu verhindern, daß die Regierung rechtzeitig die erforderlichen Gegenmaßnahmen trifft! Damit in den Tagen, da das erste Unmengen an Getreide abgeliefert werden soll — 31. Oktober — eine möglichst geringe Menge Getreide auf dem Markt ist und so die Unmöglichkeit für die Landwirte erwiesen wird, Brotfrucht liefern zu können, fordert der Pommerische Landbund schon jetzt seine Mitglieder auf, das Getreide möglichst rasch zu verkaufen, im besonderen aber so abzusehen, daß es Ende September oder Anfang Oktober nicht im öffentlichen Verkehr ist.

Will sich das die Reichsregierung gefallen lassen, kann diese brutale Gemeinheit das Volk stillschweigend hinnehmen?

Gefahr ist im Verzuge! Auch hohe Behörden scheinen bisher noch nicht eingesehen zu haben, um was es sich handelt. Hat doch, um nur ein Beispiel dafür anzuführen, das Regierungspräsidium Stralsund unter dem 4. August den Interessenten schon empfohlen, den Antrag auf Verlängerung der gesetzlichen Frist für die Anlieferung von Getreide rechtzeitig einzureichen. Diese Antwort erfolgte auf ein Schreiben, das die vier Kreisgruppen des Pommerischen Landbundes im Regierungsbezirk Stralsund an den Regierungspräsidenten richteten! In diesem Schreiben wird in Übereinstimmung mit dem von uns oben wiedergegebenen Brief die Regierung nach allen Regeln der Kunst eingewickelt. Die Not der Landwirtschaft wird ihr als geradezu entsetzlich dargestellt. Die Auswirkung ist, daß der grüne Tisch mit vollem Erfolg, wie sein Entschluß zeigt, umgefallen ist.

Wir wissen, die eben geschilderten Tatbestände sind nicht die einzigen Beweise dafür, daß die Landwirtschaft gegen die Volksernährung „aus Christenpflicht“ Sturm läuft. Es ist ja bekannt, daß z. B. die Reichsgetreidekasse, der es, wie Kenner der Verhältnisse behaupten, geradezu merkwürdig an Energie fehlt, geduldig alle Ablehnungen der landwirtschaftlichen Speicher- und Lageregenossenschaften, Umlagegetreide einzulagern, über sich ergehen läßt. Die Ablehnungen erfolgen meist offen mit der Begründung, daß man Schwierigkeiten von den Landwirten erwarten müsse, wenn Umlagegetreide aufgenommen werde.

Es ist allerhöchste Zeit. Wir verlangen von der Reichsregierung, daß sie das Umlagegesetz in vollem Umfang zur Auswirkung kommen läßt. Nach den eigenen Mitteilungen des Pommerischen Landbundes ist damit zu rechnen, daß dem größeren Besitz eine Umlage von 4 Zentnern pro Morgen Anbaufläche aufgebürdet wird. Die Ziffer ist zweifelsohne übertrieben; unterstellen wir aber die Realisation einmal als wahr. Bisher ist noch nicht viel Getreide ausgedroschen worden; aber dort, wo die Ernte von guten Böden, die dem von Vorpommern durchaus gleich sind, unter Aufsicht der Reichsgetreidekasse durch Druckproben festgestellt worden ist, haben sich für den Morgen Weizen ertragnisse von 7,5 bis 8,0 Zentner ergeben. Der Pommerische Landbund könnte also seine Mitglieder immer noch damit trösten, daß sie rund 50 Prozent ihres Getreides auf dem freien Markt zum Wucherpreis verkaufen dürfen. Dabei sollte er sie zugleich darauf hinweisen, daß sie durch die systematische Verringerung der Getreideanbaufläche ja selbst die Ursache dazu sind, daß die Umlagequote höher wurde, als ursprünglich angenommen worden ist.

Notwendig ist jetzt, daß die Reichsregierung sofort eingreift, ehe die Broternteilung zusammenbricht.

Die verfehlten Retorsionen.

Die französische Regierung hat amlich mitgeteilt, daß die Retorsionsmaßnahmen im Anschluß zum Zoll aufgehoben worden sind. In Zukunft sollen keine Massenarrestationen mehr vorgenommen werden. Die Sequestration der Güter der Vertriebenen und die über die deutschen Galerien verhängte Sperre werden aufgehoben. Der Rest der Retorsionsmaßnahmen wird aufgehoben werden, wenn die restlichen Ausgleichssummen bezüglichen sind.

Die französische Regierung hat der deutschen Regierung gleichzeitig den Vorschlag gemacht, eine Besprechung über die endgültige Regelung der Ausgleichszahlungen vorzunehmen. Die deutsche Regierung hat durch ihren Pariser Vertreter antworten lassen, daß sie diesen Vorschlag annimmt.

Die internationale Delegation beim Reichskanzler.

Die gegenwärtig zum Studium der Wirtschaftslage Deutschlands und zur Besprechung von Hilfsmitteln in Berlin weilenden Führer der internationalen Arbeiterkassen, Edo Jimmen und Leon Jouhaux vom Amsterdamer Gewerkschaftsbund und Tom Shaw, Sekretär der Zweiten Internationale, werden heute nachmittags um 4 Uhr in der Reichskanzlei von Dr. Wirth empfangen.

Der Wohnungsbau.

Gemeinwirtschaftlicher Ausbau der Wohnungsabgabe.

Von Dr. Ing. Martin Wagner.

Der Wohnungsbau steht vor dem Zusammenbruch. Einzelne Siedlungsgesellschaften stehen vor der Zahlungs Einstellung oder haben sie bereits eingestellt, weil die wahnsinnige Steigerung der Baustoffe ihre Finanzierungspläne völlig über den Haufen geworfen hat. Diese Katastrophe fällt nun noch zusammen mit einer allgemeinen Kreditnot, die in erster Linie auch die Baubetriebe erfaßt hat. Die Ermüdung des Baumarcktes und die Arbeitslosigkeit mit all ihren moralischen und wirtschaftlichen Folgen steht vor der Tür, zumal auch die Industrie und die Landwirtschaft sich zur Stilllegung von Bauten entschlossen hat oder weitere Aufträge nicht herausbringt.

Vergleicht man die Preissteigerung auf dem Baumarckte mit der Preissteigerung auf dem Gebiete der Ernährung und Bekleidung, dann muß man feststellen, daß wohl einzelne Baustoffe, wie Glas, Kacheln, Eisenzeug und Holz die 200- bis 300fache Steigerung des Friedenspreises erreicht haben. Die durchschnittliche Preissteigerung der Baustoffe für eine Kleinwohnung betrug im August d. J. jedoch nur das 150fache des Friedens und die Löhne der Bauarbeiter gar nur das 59fache. Verdiente der Maurer in Berlin im Jahre 1914 85 Pf. die Stunde, so verdient er heute, in Goldmark umgerechnet, etwa nur 25 Pf. Die Opfer, die die Bauarbeiter dem Baumarckte gebracht haben, sind also nicht der Allgemeinheit, sondern den Baustoff-Erzeugern und -Händlern zugefallen und haben mit dazu beigetragen, daß die Industrie und die Landwirtschaft in diesem Jahre zu Barten kamen, die weit billiger waren als im Frieden. Die auf das 200fache gestiegenen Preise und Gewinne der Industrie und der Landwirtschaft fanden in den auf nur das 75- bis 100fache gestiegenen Neubauwerten die rentabelste Anlage für Gold- und Sachwerte. Eine Wohnung, die vor dem Kriege 6000 M. Goldmark kostete, konnte im Juli d. J. für 450 000 bis 500 000 Papiermark oder für 4000 Goldmark von der Industrie und der Landwirtschaft erworben werden. Noch niemals sind Bauten im allgemeinen und der Wohnungsbau im besonderen so billig gewesen wie heute. Diese Tatsache ist im wesentlichen auf das bescheidene Maß von Gemeinwirtschaft und Zwangswirtschaft, das sich nach dem Kriege noch erhalten hat, und auf das Eingreifen gemeinwirtschaftlicher Organe (Siedlungsgesellschaften und Bauhütten) zurückzuführen, die dem Gewinnstreben des einzelnen eine Grenze gesetzt haben.

Obgleich wir heute auf dem Baustoffmarkt trotz der nur auf das 150fache gestiegenen Baustoffpreise mit Wuchererträgen zu rechnen haben, und obgleich eine Senkung der Baustoffpreise durch eine verstärkte Förderung der freien Konkurrenz gegen die Syndikats- und Trustwirtschaft und durch eine verstärkte Gemeinwirtschaft erreichbar ist, ist das Bauen auf gemeinwirtschaftlicher wie auf privatwirtschaftlicher Grundlage unmöglich geworden, weil das System der Baukostenzuschüsse sich der rapide steigenden Geldwertung nicht anpassen konnte, und auf privatwirtschaftlicher Grundlage deshalb, weil die Steigerung der Preise eine Kreditnot erzeugt hat, die die Landwirtschaft und Industrie zwingt, ihre Gewinne im Betriebe zu halten.

Die Schuld an dem Erlahmen der Bautätigkeit und insbesondere an der Einstellung des Wohnungsbaues wird aber in wohlbedachter und klarer Absicht von den Vertretern des Privatkapitals der Wohnungs-Zwangswirtschaft zugeschoben, wengleich gerade sie es gewesen ist, die die Arbeitsträge des deutschen Volkes, das Kapital nach am sparsamsten und billigsten in Güter umgesetzt hat.

Hätte man die Zwangswirtschaft aufgehoben und die Mieten auf das 150fache des Friedens, d. h. von 300 M. für eine Kleinwohnung auf 45 000 M. gesteigert, dann gäbe es heute keine Wohnungsnot mehr, so sagt man. Richtig ist an dieser Schlussfolgerung nur, daß den deutschen Haus- und Grundbesitzern bei 150facher Steigerung der Miete ein zusätzlicher Mietertrag von jährlich über 900 Milliarden Mark anstatt von 6 Milliarden Mark zuzuliegen würde, und daß die Lohn- und Gehaltsempfänger anstatt 85 Pf. die Stunde heute vielleicht nur 10 Pf. verdienen hätten. Die weitere Folge einer solchen Mietsteigerung wäre die, daß wohl Wohnungen in den alten Häusern frei geworden wären, weil sie ein Sterblicher nicht hätte bezahlen können, daß dafür aber das Welt in einer Arbeiterwohnung anstatt in drei Schichten wie das bereits heute in Oberschlesien und im Ruhrgebiet der Fall ist, in sechs und neun Schichten belegt worden wäre. Der Friede wäre dann ein Krieg mit anderen Mitteln geworden. Ganz richtig sagte in den siebziger Jahren ein Wohnungsreformer: „Man kann den Menschen mit einer schlechten, überfüllten und teuren Wohnung genau so gut und sicher wie mit einer Art töten.“

Den Gegnern der verhassten Zwangswirtschaft im Wohnungswesen können wir nur immer wieder sagen, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft weder zu einer Senkung der Preise, noch zu einer Beseitigung der Wohnungsnot

Oesterreich und Italien.

Vorona, 26. August. (Sesani.) Bei der Unterredung zwischen Außenminister Schanzer und dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel sprach Schanzer Dr. Seipel seinen Dank für die von diesem abgegebenen Erklärungen aus...

Auf eine Frage des österreichischen Finanzministers betreffend die bereits vom italienischen Parlament bewilligte Anleihe von hundert Millionen Lire erwiderte Schanzer, er werde den italienischen Finanzminister ersuchen, sich unverzüglich mit dem österreichischen Finanzminister über die Eröffnung der erwähnten Kredite in Verbindung zu setzen.

Kredithilfe der Kleinen Entente?

Paris, 26. August. (EP.) Das „Journal“ erfährt von seinem Korrespondenten in Belgrad, daß die Regierungen von Serbien, Rumänien und der Tschechoslowakei beschlossen haben, Oesterreich finanzielle Unterstützung zu gewähren...

Die interalliierten Schulden.

London, 26. August. (WTB.) Das Reuterbureau veröffentlicht eine von maßgebender Seite stammende Information zu der Erklärung des amerikanischen Schatzsekretärs Mellon, die besagt, es scheine bezüglich der Note Balfours ein Mißverständnis vorzuliegen...

Die südslawisch-tschechische Allianz.

Marienburg, 26. August. (Tschechoslowakisches Pressbureau.) Ministerpräsident Paschitsch und Ministerpräsident Dr. Benesch hatten gestern hier eine Besprechung. Die Beratungen dauerten den ganzen Tag. Es wurden alle Fragen der internationalen Politik und insbesondere diejenigen, welche die beiden Länder betreffen, durchberaten...

Die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses fordert ein Schreiben, das der deutsch-nationale Abgeordnete Dr. Hefflerich an den Vorsitzenden des Ausschusses gerichtet hat.

Der Reichsbegnadigungsausschuss, der gemäß § 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1922 gebildet worden ist, tritt am Sonntagabend nachmittags um 3 Uhr zu einer konstituierenden Sitzung zusammen.

Devisenkurse.

Die amtliche Kurstabelle gibt an, wieviel Mark man aufwenden muß, um die in der ersten Spalte genannte Einheit der auf das bezeichnete Land lautenden Währung zu erwerben.

Table with 4 columns: Währung, Kurs am 26. August, Kurs am 25. August, Differenz. Includes entries for Dutch, Argentine, Belgian, Norwegian, Danish, Swedish, Finnish, Japanese, Italian, British, French, Brazilian, Swiss, Spanish, and Bulgarian currencies.

Margarine.

Wenn der Fettwarenhändler ein Faß Margarine erhält, macht er geschäftshaber genau solch laures Gesicht wie der Käufer, der eine Viertelstunde später aus diesem Faße zu erhöhtem Preise den Brottausch bezieht. Die Hausfrauen, die heute Margarine einkaufen gehen, müssen sich mit einer gestärkten Brieftasche wappnen...

So wie heute alles einen Wettlauf unternimmt, die höchste Stufe der Preisbewegung zu erklimmen, läßt sich auch die Margarine den Rang nicht ablaufen. Der Dollar wirkt auch hier als Preisbarometer und man erlebt bei jeder Schwankung nur „eine“ Bewegung des Preises, und zwar die nach oben. Mit einem Aufschub unterbricht der Händler jedes schamhaft versuchte Nummern seiner Kundenschaft über die Preise dieses Fettes, und sehr überzeugend ist es dann, wenn er erklärt: „Ja, der Dollar.“ Man hat aber bis heute noch nicht erlebt, daß der Händler seinen Preis auch nur um 10 Pfennige herabgesetzt hätte...

Die Händler verschänzen alles hinter der Bolala und erklären, daß die Großhändler dasselbe Verfahren wie sie in ihren Dienst stellen, so daß der arme Konsument, wenn ihm nicht der Himmel hilft, sich auf Grund der Bolala in der aller nächsten Zeit hinlegen kann und als Opfer des Dollars den letzten Hauch von sich geben und alle Biere austreten darf.

Straßenbahn 8 Mark.

Der Haushaltsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung bewilligte heute unter dem Zwange der Not der Stadt die Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises auf 8 Mark in zweiter Lesung mit 11 gegen 10 Stimmen. Der Stadtbaurat hatte vorher die Erklärung abgegeben, daß er bei einer Ablehnung der Vorlage mangels der erforderlichen Barmittel zu weitgehenden Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen gezwungen sein würde...

Der neue Tarif tritt voraussichtlich am Montag in Kraft.

Der Bankier als Geldfabrikant.

Ein gefährlicher internationaler Hochstapler. Auf die Ergreifung eines internationalen Falschmünzers und Hochstaplers, der von den Polizeibehörden von vier Ländern gesucht wird, hat jetzt die Niederländische Bank eine Mindestbelohnung von 60.000 Mark ausgesetzt. Es handelt sich um den türkischen Staatsangehörigen Gabriel Rabbat, der am 15. März 1883 zu Beirut als Sohn eines angesehenen Bankiers geboren ist...

Im Frühjahr 1921 wurde er als Falschmünzer bekannt. Er gab damals in der Stadt Lugemburg und später in Köln mehrere falsche 100-Guldennoten in Zahlung. Eine Luxemburgerin, an die er sich angeschrieben hatte, ließ er nach Verbüßung seines Rindzettelverbrechens unter Annahme ihrer Schmuckfächer im Stich, und sie hat unter dem Verdacht, an dem Verbrechen des Rabbat beteiligt zu sein, mehrere Monate in Untersuchungshaft gesessen, ehe sich ihre Unschuld herausstellte...

Reishaber verkaufte und dafür falsche Guldennoten in Zahlung nahm. Zurzeit reist er mit einer Berlinerin, einer Frau Anna Fischer, geb. Reis, einer kleineren, hageren, dunklen Frau mit geschminkt Gesicht, die über das verbrecherische Treiben des Rabbat unterrichtet sein muß. Mit Hilfe dieser Frau hat Rabbat möglicherweise auch in einer von ihr unter falschem Namen gemieteten Privatwohnung Unterschlupf gefunden...

Zu dem Gerüchteleinbruch auf dem Unhalter Bahnhof, bei dem am 16. August 10 Arbeiter das Leben einbüßten, erklärt uns jetzt der Materialpoker Plonatz, daß er die ihm in Zeitungsberichten in den Mund gelegten Anschuldigungen über die vermeintliche Ursache des Unfalls nicht getan hat. Er und die überlebenden Arbeiter sind der festen Überzeugung, daß der Unfall auf die Mangelhaftigkeit des bereits angebrochenen S-Hatens zurückzuführen ist...

Der Gasbahn! Bewohner des Hauses Grenzstr. 13 in Treptow alarmierten am Donnerstag nachmittags die Polizei wegen des aus einer Wohnung dringenden starken Gasgeruchs. Man holte einen Schloffer und fand in der Wohnung, deren Inhaber abwesend war, den Gasbahn offen. Nach dem Hause Kaiser-Wilhelm-Straße 2 in Johannisthal wurde am gleichen Nachmittag ebenfalls wegen Gasgeruchs die Polizei gerufen...

Ein Fabrikbrand. Die 6. Kompanie der Berliner Feuerwehr hatte einen gefährlichen Brand in der chemischen Fabrik von Schering, Müllerstr. 170/171, zu löschen, wonach die Dachkonstruktion eines Gießofenraumes brannte. Mit zwei Schlauchleitungen konnte die Gefahr beseitigt werden. Der Schaden soll erheblich sein. Eine Betriebsförderung konnte vermieden werden.

An unsere Leser in Köpenick. Wir bitten wegen des Ausbleibens der Zeitung heute früh um Entschuldigung. Es ist innerhalb weniger Tage trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen das zweite Mal, daß auf dem Schiffsbahn Bahnhofs das für Köpenick bestimmte Paket gestohlen worden ist. Die Nachlieferung konnte heute früh nicht mehr rechtzeitig herangebracht werden...

Der Melheimer Grubenbrand.

Das preussische Oberbergamt in Dortmund teilt zu dem Brand auf der Schachtanlage Vereinigte Melheim mit, daß beim Vordringen zum Brandherd zwei Grubenbeamte, trotzdem sie mit Rettungsgeräten ausgerüstet waren, an den Brandtagen erstickt sind. Weitere vier Grubenbeamte, die zur Hilfeleistung herangezogen waren, sowie ein Hauer sind auf der mit der Vereinigten Melheim durchschädigten Schachtanlage Mathias Stinnes I und II an den von Vereinigte Melheim abziehenden Brandgasen, als sie mehrere ihrer Anstalt nach geführte Bergleute retten wollten, tödlich verunglückt...

Entgleisung des Schnellzuges Paris-Lille.

Schon wieder ist in Frankreich ein großes Eisenbahnunglück zu verzeichnen. Der Schnellzug Paris-Lille ist gestern nachmittags in der Gegend von Deuil entgleist. Es sind zahlreiche Reisende verletzt worden. In einem der Wagen, den der Schnellzug mitführte, befand sich u. a. eine Summe von 1 Million Franken, die für die Bank von Frankreich in Calais bestimmt war und die gerettet wurde.

Durch das Großfeuer in den Docks von Calais ist ein Schaden von 5 Millionen Franken verursacht worden.

Ein Pilger-Schiff gekentert. Aus Simla in Vorderindien wird gemeldet, daß ein Schiff, auf dem sich eine große Anzahl Pilger befand, auf eine Sandbank geriet und kenterte. Fünfzig Personen, darunter 18 Kinder, sind dabei ertrunken.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitwelle aufflarend, aber noch ziemlich kühl und veränderlich bei sehr wechselnden Winden. Keine oder unbedeutende Niederschläge.

Arbeitersport.

Turnverein „Nichte“ Berlin. Samstag, den 26. August, abends 6 Uhr. Straßenparade auf dem Sportplatz der Polizei-Kaserne. Einmal um den Sportplatz auf dem Sportplatz der Polizei-Kaserne. Einmal um den Sportplatz auf dem Sportplatz der Polizei-Kaserne.

Theater der Woche.

Vom 27. August bis 3. September.

Volksbühne: 27. 29. 31. Siegfried. 28. 30. Wallstr. 1. und 3. Der Schwender. 2. Die Katten. Opernhaus: 27. 28. 29. Die Katten. 30. 31. Die Katten. 2. Die Katten. 3. Die Katten. 4. Die Katten. 5. Die Katten. 6. Die Katten. 7. Die Katten. 8. Die Katten. 9. Die Katten. 10. Die Katten. 11. Die Katten. 12. Die Katten. 13. Die Katten. 14. Die Katten. 15. Die Katten. 16. Die Katten. 17. Die Katten. 18. Die Katten. 19. Die Katten. 20. Die Katten. 21. Die Katten. 22. Die Katten. 23. Die Katten. 24. Die Katten. 25. Die Katten. 26. Die Katten. 27. Die Katten. 28. Die Katten. 29. Die Katten. 30. Die Katten. 31. Die Katten.

